

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

8. Juni 1926

Verlag und Einzelneinstellung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Hindenburg deckt Loebell!

Er steht zu seinem Brief. — „Auch die Veröffentlichung nicht zu beanstanden!“



Paul von Hindenburg

Schreibt:

Die Reichsregierung hat vor dem Deutschen Volk klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung der Fürstenermögen den Grundfäden, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, widerspricht. Ich selbst sehe in dem Volksbegehren einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gesezge des Rechtsstaates, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesez ist.

Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt.

Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weiter zu gehen. Ich sehe hierin eine große Gefahr, die gerade in unserer Lage und in einem Zeitpunkt, wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer weltwirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt.

Ich hoffe daher zuversichtlich, daß unsere Mitbürger in der Entscheidung vom 20. Juni den Schaden abwenden werden.

Deshalb am 20. Juni

Stimmmenthaltung!

(Erläuternder Text siehe 2. Seite.)

Herr v. Hindenburg läßt verkünden, daß er „selbstverständlich“ zu seinem Brief stehe „und auch die Veröffentlichung durch Herrn v. Loebell nicht zu beanstanden habe“.

Die Frage, ob Herr v. Loebell vor der Drucklegung des Briefes die Ermächtigung zu ihr eingeholt hat, ist damit nicht geklärt. Wir sind auch jetzt noch der Meinung, daß der Reichspräsident in eine Falle gegangen ist. Wir haben von dem, was wir über die Intrige des Herrn v. Loebell sagten, nichts zurückzunehmen. Aber wir haben jetzt zu dem Gesagten einiges hinzuzufügen, was die Person des Reichspräsidenten angeht.

Wir haben uns in dieser Angelegenheit der Person des Reichspräsidenten gegenüber eine bis an die Grenzen des Möglichen reichende Zurückhaltung auferlegt. Wir haben sein Recht, ein entschiedener Gegner der Fürstenteignung zu sein, nicht bestritten. Wir haben sein Recht nicht bestritten, dieser seiner Gegnerschaft in Briefen Ausdruck zu geben. Wir haben die Frage offen gelassen, ob der Reichspräsident das Recht hat, in einer politischen Streitangelegenheit in einer so temperamentvollen Weise, wie es hier geschieht, öffentlich seine Meinung kundzugeben. Wir haben nur auf die Konsequenzen hingewiesen, die das — zu Zeiten Eberts nicht erlebte — Hineinsteigen des Staatsoberhauptes in den Streit der Parteien haben muß.

Jetzt hat sich Herr v. Hindenburg zum mindesten nachträglich mit der Veröffentlichung seines Briefes einverstanden erklärt, in dessen Eingangsteilen er sagt:

Ihrer Anregung zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen.

Damit macht sich der Reichspräsident eines Widerspruchs schuldig, in den sich ein erfahrener Politiker nicht verstrickt haben würde und vor dem er ganz gewiß bewahrt worden wäre, wenn er sich vor seiner Entschlieung an seine verfassungsmäßigen Ratgeber gemandt haben würde. Wie soll man diesen Widerspruch erklären? Will der Reichspräsident damit sagen: „Ich darf zwar nicht, aber ich tu es doch?“ „Mit meiner staatsrechtlichen Stellung verträgt sich das zwar nicht, aber immerhin...?“ Wer will uns den Unterschied erklären zwischen einer „öffentlichen Kundgebung“, die der Reichspräsident zu erlassen ablehnt, und einem „Privatbrief“, der mit seiner Zustimmung in allen Zeitungen abgedruckt, in Millionen Flugblättern verbreitet und als Plakat an alle Wände geklebt wird?

Herr v. Hindenburg erklärt sich mit der Veröffentlichung eines Briefes einverstanden, in dem die Sozialdemokratie beschuldigt wird, „gegen Moral und Recht“ zu verstoßen, und in dem ihr vorgeworfen wird, daß sie „die Instinkte der Massen aufreize“. Aber diese selbe Sozialdemokratie hat Herr v. Hindenburg vor noch nicht gar zu langer Zeit dringend aufgefordert, in die Reichsregierung einzutreten. Hat er damals ihren Charakter noch nicht gekannt, oder glaubt er, daß sie sich seitdem geändert habe?

Die Regierung war, wie glaubhaft berichtet wird, über die Intrige des Herrn v. Loebell und über das Eingehen des Reichspräsidenten auf sie bis zum äußersten befürtzt. Jetzt aber will sie angeblich diese ganze Angelegenheit als eine Privatangelegenheit des Herrn v. Hindenburg behandeln. Das verspricht für die Zukunft ganz nette Zustände. Herr Marx mag getrost die Reden nachschlagen, in denen Fürst Bülow das persönliche Regiment verteidigte. Er wird darin manches finden, was er brauchen kann. Auch damals ist immer wieder ein sehr scharfsinniger Unterschied zwischen den offiziellen Handlungen des Staatsoberhauptes und den privaten gemacht worden, die auf sein „Recht der persönlichen Meinungsfreiheit“ begründet wurden.

Inzwischen aber hat alle Erfahrung gelehrt, daß ein Staat nicht so regiert werden kann, daß das Staatsoberhaupt auf Einflüsterungen unverantwortlicher Ratgeber hin Kundgebungen losläßt, die das Unterste zu oberst lehren und die verantwortliche Regierung dann hinterhergelaufen kommt, um den Schaden zu beheben. Jeder dem Reichstag verantwortliche Reichstanzler muß nach unserer Auffassung darauf bestehen, daß die politischen Handlungen des Reichspräsidenten im Einverständnis mit der verantwortlichen Regierung erfolgen — oder aber er muß sich das Recht wahren, die politischen Handlungen des Reichspräsidenten zu kritisieren und jede Verantwortung für sie abzulehnen.

Herr v. Hindenburg spricht in seinem Brief von einer Erschütterung des „Rechtsstaates“, die aus dem Volksentscheid drohen soll. Das ist eine Phantasie. Aber sein Brief selbst erschüttert das Gesezge des Verfassungsstaates und

Vergeßt nicht, die Stimmliste zu kontrollieren!

erschüttert die Traditionen der Festigkeit, Ruhe und Objektivität in der Leitung der Reichsgeschäfte, die Friedrich Ebert seinem Nachfolger als Erbe hinterlassen hat.

Weil diese Erschütterung des Verfassungsstaates Tatsache geworden ist, darum mögen die Intriganten von rechts Triumph aus vollen Baden blasen. Das haben sie ja gewollt! Den Kommunisten aber sei doch geraten, den Mund etwas weniger voll zu nehmen: denn sie sind es ja, die Herrn v. Hindenburg zum Reichspräsidenten gemacht haben. Sie haben durch ihre idiotische Taktik bei der Reichspräsidentenwahl, durch die Aufstellung einer ganz sinnlosen, zwecklosen Zersplitterungskandidatur die Wahl Hindenburgs herbeigeführt.

Die Sozialdemokratie hat die Wahl des Herrn v. Hindenburg zum Reichspräsidenten auf das entschiedenste bekämpft. Diese Tatsache verdient festgehalten zu werden. Denn sie ist bei der Entwicklung, die die Dinge neuerdings nehmen, durchaus geeignet, der Sozialdemokratie im Volke neue Sympathien zuzuführen.

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag sich mit der politischen Lage beschäftigt und auf Grund der Veröffentlichung des „Vorwärts“ eifrig beraten, wie die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes zu verhindern sei. Da kam die Meldung, daß von Loebell die Veröffentlichung bereits vorgenommen hatte, um jedes Eingreifen der Reichsregierung unmöglich zu machen. Loebell, zu feige, die Wahrheit zu sagen, hat die Stirn gehabt, zu behaupten, nur die Veröffentlichung des „Vorwärts“ habe ihn gezwungen, den Brief bekanntzugeben. Loebell hat damit in der unerschämtesten Weise gelogen. Der Brief des Reichspräsidenten war nicht nur als Flugblatt bereits gedruckt, er ist auch in einem Riesenplakat bereits für die Kampagne um den Volkentscheid hergestellt und geht in diesen Tagen ins ganze Land hinaus. Loebell hat von vornherein die Absicht gehabt, diesen Brief zu publizieren. Kein Mitglied des Reichskabinetts ist von diesem Briefwechsel unterrichtet gewesen und kein Mitglied des Reichskabinetts hat insgedessen auch eine Ahnung davon gehabt, daß solch ein Briefwechsel in der Propaganda um den Volkentscheid benutzt werden sollte.

Der Tatbestand ist danach so klar und so einfach wie möglich. Es bleibt nur noch eine Erklärung des Reichspräsidenten abzuwarten, ob er an eine Veröffentlichung des Briefes gedacht hat. Gestern noch haben ausgesprochene Rechtsblätter auseinandergesetzt, daß eine Erklärung des Reichspräsidenten in einer solchen Frage „selbstverständlich“ der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfe. Heute erklärt die Scherl-Hugenberg-Presse und die „Deutsche Zeitung“ unisono, Hindenburg habe selbstverständlich das Recht, sich in dieser Weise zum Volkentscheid zu äußern. Die „Tägliche Rundschau“ ist darin vorsichtiger. Sie meint:

„So sehr wir den Ausführungen Hindenburgs vollinhaltlich zustimmen und seine Mahnung als voll berechtigt anerkennen, scheint doch auch uns Zurückhaltung in der Beurteilung der Veröffentlichung so lange geboten, bis festzustellen ist, ob die Veröffentlichung mit Wissen und Zustimmung Hindenburgs erfolgt ist.“

Im übrigen versucht die Rechtspresse Unschuld zu markieren. Beinliche Erörterungen über Loebells Intrigen werden künftighin vermieden. Durch das Schweigen geben die Herrschaften aber selber zu, daß ihr Gewissen nicht rein ist. Hindenburg wird von ihnen rücksichtslos als ihr Parteimann reklamiert. Auf dem Loebellschen Plakat prangt er nach wohlbekanntem Muster als „Retter“. Man weiß nicht, wer gerettet werden soll: Jutta oder die Deutschenationalen? Wahrscheinlich beide, denn sie sind einer des anderen wert. Die Hugenberg-Blätter parieren, der Leitartikel im „Tag“ erscheint prompt mit der Uberschrift: „Der Retter“. Man sieht, die Regie klappert. Sie war durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ gestört, jetzt tut man bereits wieder so, als ob gar nichts passiert wäre.

Damit wird der Reichspräsident als solcher in den Kampf und die Auseinandersetzung der Parteien hineingezogen. In den Debatten über Jutta-Milige und die Rätressen abgedankter deutscher Landesfürsten werden jetzt auch die höchst subjektiven Urteile des Reichspräsidenten erörtert werden. Die Antwort, die aus dem Volke auf diesen Brief erschallen wird, wird deutlich sein. Loebell mit seinen Intrigen hat dadurch nur erreicht, daß Hindenburg das Vertrauen verliert, das er sich eine Zeitlang durch sein laiales Verhalten erworben hatte. Bei Loebell mag sich der Reichspräsident für den Verlust an Ansehen bedanken, den er in dieser Kampagne unweigerlich erleiden wird.

Wie Loebell lügt und fälscht.

Das Hindenburg-Plakat.

Das auf der ersten Seite wiedergegebene in Schwarz und Rot ausgeführte Plakat widerlegt die Lüge des Herrn v. Loebell, daß er sich die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes „noch vorbehalten“ und erst durch die Enthüllungen des „Vorwärts“ vom Sonntag zu ihr gezwungen worden sei. Das Plakat muß schon lange vor diesen Enthüllungen in Auftrag gegeben worden sein.

Der letzte Satz des Plakats „Parole am 20. Juni Stimm-enthaltung!“ steht im Hindenburgbrief nicht. Er bildet einen verfälschenden Zusatz. Ueber die Frage, ob die Gegner des Volkentscheids mit Nein stimmen oder zu Hause bleiben sollen, sagt der Hindenburgbrief nichts. Herr v. Loebell aber legt Hindenburg die Terrorparole der Enthaltung in den Mund, die von den Rechtsparteien ausgegeben worden ist, um die verfassungsmäßig gewährleistete Stimmfreiheit praktisch vernichten zu können.

Ist Hindenburg auch mit dieser Veröffentlichung einverstanden? Und die Reichsregierung? Um Antwort wird gebeten!

Der Pfarrer Hell.

Zurücknahme der Beleidigungsklage gegen die Wittwe Keil

Zusammen mit „Lachen links“ hatte der bekannte Pfarrer Hell, gegen den der Vorwurf der moralischen Mischuld an der Ermordung der 12 sozialdemokratischen Arbeiter von Perlach im Mai 1919 erhoben worden ist, auch die Witwe eines Erschossenen, Frau Anna Keil, verklagt, weil sie die betreffende Nummer des „Lachen links“ in Perlach vertrieben hatte.

Nachdem in der Verhandlung vom 27. April dieses Jahres vor dem Münchener Strafgericht ein umfangreicher Beweisantrag für die erwähnte Schuld des Pfarrers gestellt worden war, der zu einer Vertagung der Verhandlung führte, hat nunmehr der Pfarrer Hell die Klage gegen Frau Keil zurückgenommen. Kostbar ist die Begründung: „In der Hauptverhandlung hat die Angeklagte den Eindruck einer geistig völlig beschränkten Frau gemacht, die sich der Tragweite ihrer Handlung nicht oder nicht voll bewußt war und offenbar auch unter der Einwirkung von Hehereien stand. Mit Rücksicht hierauf besteht kein Interesse an der Strafverfolgung der Angeklagten.“

Auf alle Teilnehmer an der Münchener Verhandlung hatte die Frau Keil den Eindruck einer geistig völlig normalen Persönlichkeit gemacht. Ihre Aussagen waren klar, logisch und präzise. Sie erklärte, daß sie „Lachen links“ verkauft habe, um sich — sie war arbeitslos — ein paar Groschen Nebenverdienst zu machen; sie erklärte, daß sie die mimosenhafte Empfindlichkeit des Pfarrers Hell nicht recht verstehen könne, da Herr Pfarrer Hell ja auch nicht geklagt habe, als er in Perlach wegen seiner Haltung in der Mordeffäre verschiedentlich auf öffentlicher StraÙe angespuckt worden sei!

Die Zurücknahme der Klage gegen Frau Keil hat natürlich keinen Einfluß auf die weitere Entwicklung des Verfahrens, dessen Zweck ist, die Rolle des Pfarrers Hell in der Perlach Mordeffäre gründlich klarzustellen und den Konsequenzen dieser Klarstellung zum Siege zu verhelfen.

Braun in Brüssel.

Es geht nicht ohne Verleumdungen.

Durch die ganze RechtspreÙe geht eine von der Telegraphen-Union verbreitete Falschmeldung, wonach auf dem Parteitag der belgischen Sozialisten der preußische Ministerpräsident Otto Braun über den Volkentscheid gesprochen haben soll. Mit Bonne stürzt sich z. B. die „Tägliche Rundschau“ auf diese Nachricht. In ihrem Haß gegen die preußische Regierung kennt sie keine Grenzen. Der preußische Ministerpräsident im Ausland! Der Standal ist fertig. Wie schade nur, daß es sich gar nicht um den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, sondern um den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Adolf Braun handelt, der als Vertreter des Parteivorstandes die deutsche Sozialdemokratie auf dem Parteitag der belgischen Bruderpartei offiziell vertritt. Selbstverständlich hätte das die „Tägliche Rundschau“ auch wissen oder mindestens durch Rückfrage feststellen können. Aber wozu soll sie das tun? Eine Heßgelegenheit darf man sich nie entgehen lassen, wenn es gegen die preußische Regierung geht.

Ein Abkommen gegen die Falschmünzerei.

Völkerbundsaktion als Folge der Frankenfälschung.

Genf, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Ministerpräsident Briand hat im Namen der französischen Regierung am Montag beim Völkerbundsrat den Antrag gestellt, einen Sachverständigenausschuß mit der Aufgabe zu betrauen, ein internationales Abkommen gegen Falschmünzerei und Herstellung falscher Banknoten vorzubereiten. Der Antrag geht ferner dahin, diese Frage noch auf der jetzigen Tagung des Völkerbundsrats zu behandeln. In einem Schreiben vom 5. Juni, in dem Briand dem Völkerbundssekretariat seinen Schritt ankündigte, wird Ungarn zwar nicht offiziell genannt, aber der Wortlaut des Schreibens richtet sich doch in ungewöhnlicher Schärfe gegen die ungarische Regierung unter weitgehender politischer Schonung des ungarischen Volkes selbst.

In der Begründung des Antrages selbst wird ausgeführt, daß der französischen Regierung durch die näheren Umstände der Falschmünzerei zum Schaden verschiedener Länder der Beweis erbracht worden sei, daß dieser Falschmünzerei nicht nur der einzelne Staat zum Opfer fällt, sondern daß die Folgen auch angesichts der finanziellen und wirtschaftlichen Solidarität auf mehrere Staaten übergreifen können. Die Pflicht aller Staaten sei es daher, auf Mittel zur gegenseitigen Hilfe bedacht zu sein. Das Schreiben Briands regt dann an, ein internationales Abkommen zustande zu bringen, das die Möglichkeit bietet, international gegen die Fälschungen auf die Wahrung der einzelnen Länder vorzugehen.

Der ungarische Ministerpräsident Bethlen soll, als er von der Veröffentlichung des Briefes Briands Kenntnis erhielt, erklärt haben, daß er sich dazu noch nicht äußern könne, doch fühle sich Ungarn, das nicht genannt sei, auch nicht getroffen. (1)

Hungerzölle und Priestergehälter.

Protestfrei in Prag.

Prag, 7. Juni. (Vom Vertreter des WTB.) Die tschechisch-sozialistische Parteien und die Kommunisten begannen heute die für diese Woche vorgesehenen Protestaktionen gegen die Agrarzölle. Um 11 Uhr vormittags wurde in allen Fabriken der Maschinen- und Metallindustrie die Arbeit für eine Stunde eingestellt, um Protestversammlungen abzuhalten. Von tschechisch-nationalsozialistischer Seite wird schärfer parlamentarischer Kampf gegen das Gesetz betreffend die Regelung der Priestergehälter angekündigt.

Die parlamentarische Situation wird durch die Forderung der Tschechoslowakischen Volkspartei, das Priestergesetz noch vor dem Staatsbeamtengehaltsgesetz zu erledigen, insofern erschwert, als dadurch das Zustandekommen der ursprünglich für das Staatsbeamtengehaltsgesetz vorgesehenen tschechisch-sozialistischen Koalition gefährdet erscheint. Die Zollmehrheit aus den tschechischen und den deutschen Agrariern und der tschechoslowakischen Volkspartei hofft, die Agrarzölle- und die Priestergehaltsvorlage noch im Laufe des Monats Juni erledigen zu können.

Sind Sie intelligent?

Von Hans Bauer.

Wiedhabereien sind Brivatfische. Sofern einer mit ihnen nicht in die Rechte seiner Mitmenschen eindringt, geht es niemanden etwas an, wie er seine Ruhestunden verbringt. Es wäre also noch schöner, wenn der Kaffeezüchter, der Briefmarkensammler, der Kaninchenfreund der Dossentlichkeit Rechenschaft über seine Reigungen ablegen sollte. Auch der Rüstfelsenbust hat selbstverständlich seine Existenzberechtigung und darf sich vielleicht sogar rühmen, seine freie Zeit mit einer besonders anregenden Beschäftigung auszufüllen. Aber wenn man feststellt, daß all die Kreuzwort-, Zusammenfug- und Denkaufgaben, die da in allen möglichen Zeitungen gestellt und übereifrig verschlungen werden, ein einwandfreies Spiel bedeuten, so muß doch auch betont werden, daß sie keinesfalls mehr als ein Spiel sind, daß sie nimmermehr in den Rang eines Intelligenzprüfstones erhoben werden dürfen.

Die Fähigkeit, schnell Rätsel und Scharfsinnsaufgaben lösen zu können, ist kein Mittel, seinen Geist unter Beweis zu stellen, sie ist eine Fertigkeit, die zu erkennen gibt, daß jemand über gewisse geographische und literaturgeschichtliche, also ganz formale Kenntnisse verfügt, oder daß er Talent für eine ganz bestimmte und scharf abgegrenzte Seite des Denkens hat: für die mathematische, analytische. Ueber die Gesamterscheinung seiner Geistigkeit ist damit so gut wie nichts gesagt. Wenn da nun also gleich, unter dem Eindruck der unbefriedigbaren Tatsache, daß beispielsweise das Kreuzworträtsel sich viele Freunde erworben hat, in Hamburg ein Deutscher Denksportverband gegründet wird, der eine Deutsche Denksport-Zeitung herausgibt und wenn die „Ufa“ daran geht, Denksportfilme zu drehen, so winken wir freundlich ab. Es ist wahrlich besser, darüber nachzudenken, wie alt Hamlet ist, wenn Hanni 17 Jahre zählt, als Hamlet dreimal so alt als Hanni war, und sich den Kopf über den Namen einer Sagenfigur aus der Edda zu zerbrechen — — — es ist dies besser, meine ich, als seine Abende beim Kartenspiel oder beim Schach zuzubringen, aber wir wollen doch nicht so tun, als bewirke der Denksport eine geistige Auslese und als ließe sich das geistige Niveau unseres Volkes durch ihn wesentlich heben. Im Gegenteil, im Uebermaß betrieben, verdammt er, weil er zu einer unsinnigen Ueberschätzung des angelesenen und mechanischen Wissens und eines spitzfindigen, spintirierenden Denkens verleitet, mehr noch, weil er ein Mittel werden kann, vom Durchdenken realer und aktueller geistiger Zusammenhänge und lebensfrischer politischer Probleme ab- und auf eine tote, grübelische und konstruierte Problematik hinzulenken.

Das Denken um seiner selbst willen ist eine amüsante Gehirn-akrobatik. Erkenntnisse verschafft es so wenig wie die Metaphysik der Alten oder die Scholastik des Mittelalters. Es ist das Sähen-

bonbon des Geistes, das sich nur gelegentlich der zusehen sollte, der dauernd durch die kräftige Nahrung eines auf die Veränderung der Welt und die Durchschauung ihrer Umwandlungsbedürftigkeit gerichteten Denkens genießt.

Sind Sie intelligent? Dann lösen Sie nicht zwei Intelligenz-aufgaben!

Ebert und Oeser.

Es war am bewölkten Nachmittage eines Herbsttages, wenige Monate vor Eberts Tode, als das Gespräch aus Oeser kam. Heute darf die kleine, aber so lehrhafte und bittere Geschichte erzählt werden.

Ebert sah am Schreibtisch, in seinem geräumigen Arbeitszimmer, dessen Fenster sich nach dem großen Park öffneten. Später ging er zu dem Tisch, der nahe der Rückwand, im Halbschatten steht. Dort blieb er, verstimmt und überraschend abgepannt.

Er sprach von der Eisenbahnausstellung, die er des Vormittags in Seddin gesehen hatte. Sie beschäftigte ihn andauernd. Aber nicht nur der technischen und industriellen Leistung wegen, auch wegen eines Vorkommnisses, das ihm nicht aus dem Kopf gehen mochte.

Auf dem Gelände der Ausstellung, weit draußen, zwischen Potsdam und Treuenbrietzen, mitten im Walde, standen, wie üblich, zahlreiche hohe Masten, an denen Flaggen und Banner hingen; alle Farben Preußens, Brandenburgs, Berlins, daneben, um der Lustigkeit willen, mancherlei unheraldische Buntheiten. Die Reichsflaggen fehlten. Das war Ebert sofort aufgefallen, umso peinlicher, als er solcher Ungehörigkeit schon häufig begegnet war. Hier aber trankte es ihm mehr als sonst, weil (soeben noch von Oeser, der ihn führte, berichtet worden war, wie diese Uebersicht deutscher Eisenbahntechnik die internationale Aufmerksamkeit erregte, so daß von weither, vom Balkan, aus Skandinavien, aus Rußland maßgebende Besucher kamen. Dazu Zehntausende von Berlinern.

Während Ebert sich so erinnerte, wurde er beinahe finster und grimmig: „Ich wollte Herrn Oeser nach der Reichslagge fragen, wollte ich zur Rede stellen. Aber ich habe es unterlassen; ich konnte dem verdienstvollen und treuen Mann nicht vor seinen Beamten bloßstellen. Immerhin, es wirkt niederdrückend, ein Volk, so zerküffert, so würdelos, so gehemmt durch Unsicherheit und Mangel an Einsicht, so blind für das Notwendige.“ Er hob die Hand, schmet und schleppend; sie streckte sich erschlossen: „Ich werde jedenfalls Ausstellungen und dergleichen Veranstaltungen, wenn sie die Reichslagge meiden, nicht mehr besuchen.“

Ebert sah leicht zusammengesunken, ein Sorgender, der den Ausweg sucht.

Ein Scheiterhaufen von heute. In der Santissima-Annunziata-Kirche zu Florenz hatte den ganzen Monat Mai hindurch der Vater Leonards da Brato vor einer großen Gläubigerschar eifervolle Predigten gehalten. Die am 31. Mai gehaltene letzte Predigt war eine scharfe Kampfanlage gegen die „unmoralische Literatur“, die in der letzten Zeit auch in Italien in erschreckender Weise überhandgenommen habe und für die Jugend eine Gefahr bilde. Als die Predigt zu Ende war, sammelte sich vor der Kirche eine ungeheure

Menschenmenge, die einen Haufen pornographischer Literatur zu einem großen Scheiterhaufen aufschichtete und diesen in Brand steckte. Während die lobenden Flammen zum Himmel stiegen, sandte Vater Leonardo ein Telegramm an Mussolini, um ihm von dem Ereignis Kunde zu geben und ihn für den weiteren Kampf gegen die unmoralische Schundliteratur scharf zu machen, damit Italiens Jugend gerettet werde.

Der Schmetterling mit der Sauglase. In England gibt es eine Schmetterlingsart, die von dem bekannten Lepidopteristen R. W. Keenan geleitet wird und die Zoologischen Gärten Englands und der Kolonien sowie zahlreiche Schulen mit schönen und seltenen Schmetterlingen versorgt. Ein Besucher dieser eigenartigen Zuchtanstalt erzählt uns allerlei von der Art und Weise, wie die zarten Falter hier aufgezogen werden. In einem Treibhaus befinden sich viele mit Gaze bedeckte Käfige, unter denen man die bunten Farben flatternder Flügel schimmern sieht. Seltene Schmetterlingsarten werden überall gesammelt und hierher gebracht, wo sie sich unter günstigen Bedingungen weiter entwickeln. „In diesem Käfig sind die Schwabenschwänze“, sagte der Leiter der Farm. „Sie sind außerordentlich zahm und fressen von der Hand dessen, den sie fennen. Es ist große Nachfrage nach diesen schönen Tieren, die vielfach für Gärten bezogen werden.“ Wenn die Schmetterlinge hungrig sind, so saugen sie Zucker und Wasser oder auch süßigen Honig von der Handfläche des Züchters, auf die sie gesetzt werden. Schwächliche Exemplare werden „mit der Flasche“ genährt. Diese „Sauglase“ besteht in einem Stückchen Baumwolle, das in Zuckerwasser getränkt ist. Der Schmetterling, der besonderer Pflege bedarf, wird aus dem Käfig genommen, und man hält ihm so lange das Baumwollstückchen vor, bis er die nötige Nahrung zu sich genommen hat. Für manche seltene Schmetterlingsarten werden bis zu 500 M. bezahlt.

Die größte Ausstellung der Welt. In Philadelphia ist soeben eine Ausstellung zur Feier des 150. Geburtstages der Vereinigten Staaten eröffnet worden, die die größte Veranstaltung dieser Art ist, die bisher gefeiert wurde. Man hat Philadelphia zum Ort der Riesenschau gewählt, weil hier am 4. Juli 1776 die Erklärung der Unabhängigkeit erfolgte. Das Ausstellungsterrain bedeckt einen Raum von 40 Hektar in dem League Island Park und einen ebenso großen Raum in dem anschließenden Raven Park. Man hat der Ausstellung den Namen „Regenbogenstadt“ verliehen, weil die Gebäude in bunten Farben angemalt und des Nachts durch vielfarbige Beleuchtung erhellt werden. Die Scheinwerfer, die eine Stärke von 6 300 000 Kerzen haben, sind noch in New York, 150 Kilometer entfernt, sichtbar. 20 Millionen Dollar sind für die Errichtung der Bauten ausgegeben worden, unter denen sich ein Stadion für 100 000 Menschen und eine Halle für 20 000 Menschen befinden. Es wurden 20 offizielle Gebäude von den Staaten der Union und von fremden Nationen errichtet. Die großartigste Auslandsabteilung ist die der Japaner, die allein eine Million Dollar aufgewandt haben.

Vorträge. In der physikalischen Gesellschaft wird am Montag, 10. 8. Uhr, Karlsruherstr. 43, Dr. Dersl über „Physikalische Grundlagen der Kugelwelt“.

